

Internationaler Fachaustausch zwischen
Deutschland, Spanien und Tunesien

New Perspectives against Radicalisation

Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung
stärken durch internationalen Fachaustausch



ijAB

Fachstelle für Internationale Jugendarbeit
der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Inhalt

Vorwort	3	Best-Practice-Beispiele	21
Länderportraits	4	Mobile Youth Unit – Ein Bus für Begegnung	21
Länderportrait Tunesien	4	Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt – Alles eine Frage der Wahrnehmung	23
Länderportrait Deutschland	7	KifKif – Ein Comic für Inklusion	24
Länderportrait Spanien	10	Stop OK – Ein Spiel für Multiplikator(inn)en	25
Die Themen des Fachaustauschs	13	Was bleibt?	26
Primärprävention: Empowerment für alle	13	Teilnehmende über ihre Erfahrungen im Austauschprojekt	26
Ursachen von Radikalisierung: Viele Wege, viele Ähnlichkeiten	15	Interview mit CCAB	28
Tools und Methoden zur Radikalisierungsprävention: Vom spielerischen Lernen und Lösen	16	Teilnehmende Organisationen und Institute	30
Islam in der Jugendarbeit: Wie hältst du's mit der Religion?	19		

Ein Projekt von



in Kooperation mit



Impressum

Herausgeber:
IJAB – Fachstelle für Internationale
Jugendarbeit der Bundesrepublik
Deutschland e.V.
Godesberger Allee 142-148
D-53175 Bonn
Tel.: +49 (0)228-95 06-0
E-Mail: info@ijab.de
www.ijab.de

November 2019

Verantwortlich:
Marie-Luise Dreber

Redaktion:
Marlene Resch, Christiane Reinholz-Asolli,
Claudia Mierzowski, Christian Herrmann

Fotos:
Marlene Resch; agrus/Stock.adobe.com
(S. 4, 7, 10); giulietta73/photocase.de
(S. 8); F8studio/Stock.adobe.com (S. 11);
studio v-zwoelf/Stock.adobe.com (S. 12)

Gestaltung:
blickpunkttx.de

Die Veröffentlichungen
stellen keine Meinungs-
äußerung des BMFSFJ oder
des BAFzA dar. Für inhaltliche
Aussagen trägt der Autor/
die Autorin bzw. tragen die
Autoren/die Autorinnen die
Verantwortung.

Vorwort

Weltweit stellen populistische Strömungen demokratische Grundwerte in Frage. In den Parlamenten europäischer Staaten stellen rechtsextreme Parteien keine Ausnahme mehr dar. Viele Gesellschaften kennen zudem die Angst vor rechtsextremen oder religiös motivierten Anschlägen. Und längst haben sich entsprechende Gruppierungen jenseits nationalstaatlicher Grenzen miteinander vernetzt.

Einer möglichen Radikalisierung junger Menschen begegnet die Jugendarbeit mit präventiven Ansätzen. Respekt vor Vielfalt und Wertschätzung der Demokratie bei gleichzeitiger Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe sind hierbei die handlungsleitenden Ziele. Diese präventive Arbeit muss sich auch mit den gesellschaftlichen, politischen und sozioökonomischen Herausforderungen unserer Zeit beschäftigen – die längst durch globale Bedingungen und nicht nur durch nationale Gegebenheiten bestimmt werden. Eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer und internationaler Ebene ist also auch für die Jugendarbeit im Bereich der Radikalisierungsprävention von großer Bedeutung.

„New Perspectives against Radicalisation. Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung stärken durch internationalen Fachaustausch“ fand unter Beteiligung von deutschen, spanischen und tunesischen Partnern statt. Ziel war es, Trägern aus dem Feld der Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung die Möglichkeit zu eröffnen, Anregungen und neue Impulse für ihre Arbeit zu gewinnen. Gleichzeitig leistete das Projekt einen wichtigen Beitrag zur internationalen Vernetzung und Zusammenarbeit. Zwei internationale Fachaustausche – einer in Tunesien und einer in Deutschland – bildeten den Kern des Projekts. Jeweils drei Tage verbrachten die international gemischten Gruppen damit, Projekte vor Ort zu besuchen, in Kleingruppen zu diskutieren und Gespräche mit Expertinnen und Experten zu führen.

Initiiert von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. waren die nationale Jugendbehörde INJUVE aus Spanien und die zivilgesellschaftliche Organisation Club Culturel Ali Belhouane (CCAB) aus Tunesien an diesem Projekt beteiligt. In Spanien wurden Jahrzehnte der Bedrohung durch terroristische Anschläge der baskischen Untergrundorganisation ETA fast nahtlos von islamistischen Terror Szenarien abgelöst. Im Dezember 2018 gewann erstmals seit dem Ende des Franco-Regimes scheinbar aus dem Stand eine rechtsextreme Partei knapp 11 % der Stimmen bei den Regionalwahlen in Andalusien und zog kein halbes Jahr später mit einem ähnlichen Ergebnis in das spanische Parlament ein. Tunesien wiederum gilt seit dem arabischen Frühling als Hoffnungsträger demokratischer Entwicklung in Nordafrika. Nichtsdestotrotz ist die Lage vieler junger Menschen immer noch prekär und macht sie anfällig für radikales Gedankengut. Viele der Kämpfer und Kämpferinnen des IS in Syrien stammen aus Tunesien. Deutschland wiederum hat eine jahrzehntelange Tradition und Erfahrung im Bereich der politischen Bildung und verfügt über etablierte Programme und Initiativen gegen Rechts und gegen Antisemitismus. Auch dem religiös begründeten Extremismus wird zunehmend mehr Beachtung geschenkt. Dennoch treten Hassreden, Menschenfeindlichkeit und Rassismus in der deutschen Gesellschaft immer offener zutage.

Die beteiligten Partnerländer haben alle eine unterschiedliche Ausgangslage, sind sich in ihrem Ziel aber einig: Prävention durch Jugendarbeit spielt eine zentrale Rolle beim Schutz vor politisch und religiös motivierter Radikalisierung.

Die vorliegende Publikation beleuchtet die Ausgangslage der beteiligten Partnerländer, skizziert ausgewählte Good-Practice-Beispiele und fasst die Erkenntnisse und Anregungen, die dieses gut einjährige Projekt zu Tage gefördert hat, zusammen.

Länderportraits

Länderportrait Tunesien

- Nach der Revolution im Jahr 2011 erlebte Tunesien einen Anstieg von extremistischer Gewalt und das Erstarken terroristischer Gruppierungen wie Al-Qaida und IS-naher Gruppen. Aufgrund dessen hat das Land mit lokalen und internationalen Partnern Strategien und Maßnahmen gegen Terrorismus und Radikalisierung ausgearbeitet. Doch der Kampf gegen den Extremismus ist auch heute noch ein aktuelles und gewichtiges Thema in der tunesischen Politik und Gesellschaft.



Rund 6.000 Tunesier/-innen waren laut Zahlen der UN bis Ende 2015 nach Syrien gegangen, um dort den Islamischen Staat zu unterstützen. Damit ist das kleine nordafrikanische Land viertgrößter Exporteur an Kämpfer/-innen, die in den Krieg für den Islamischen Staat gezogen sind¹. Einer Studie des Tunisian Center for Research and Studies on Terrorism zufolge waren 69 Prozent der dschihadistischen Kämpfer/-innen zuvor in Libyen gewesen, um dort eine militärische Ausbildung zu durchlaufen.

Größere zivile Freiheiten nach der Revolution ermöglichten es islamistischen Gruppierungen, freier und einfacher um neue Sympathisierende und Mitglieder zu werben. Außerdem machten sozioökonomische Probleme und hohe Jugendarbeitslosigkeit die Bevölkerung anfälliger für radikale Ideologien.

Nach der tunesischen Revolution 2011 wurde der Gründer der Terrororganisation Tunisian Combat Group freigelassen und gründete die militante islamistische Gruppe Ansar al-Sharia in

Tunisia. Im Jahr 2012 entdeckten die tunesischen Sicherheitsbehörden mit Katiba Uqba ibn Nafi und Okba Ibn Nafaa Brigade zwei weitere Gruppen, die zu gewalttätigen Attacken bereit waren und in Kontakt zu Al-Qaida standen². Viele Tunesier/-innen, die mit Al-Qaida sympathisierten, verkündeten 2014 ihre Loyalität gegenüber dem IS³.

Das Land wurde von einer Vielzahl terroristischer Angriffe erschüttert. Insbesondere die beiden Anschläge im Jahr 2015 ließen das Land in Schockstarre zurück: Am 18. März starben 21 Personen bei einem Anschlag vor dem Bardo National Museum. Nur wenige Wochen später, am 26. Juni, wurden 38 Menschen bei einem Anschlag auf ein Hotel in Sousse getötet. Der Islamische Staat bekannte sich zu beiden Attentaten. Neben der

1 Soufan Group, 2017

2 US National Counterterrorism Center

3 Center for Strategic and International Studies



menschlichen Tragödie bedeuteten die Anschläge auch heftige Einbußen für den Tourismus. Im Jahr 2015 sanken die jährlichen Einnahmen aus dem Tourismus um 35% und rund 70 Hotels im Land mussten schließen⁴.

Maßnahmen der Regierung

Die Maßnahmen der tunesischen Regierung gegen Radikalisierung sind vor allem sicherheitspolitischer Natur. 2015 erstellte die Regierung eine neue Strategie zum Kampf gegen Terrorismus und Extremismus. Dazu zählte unter anderem, Islamismus aktiver zu bestrafen und ein Gesetz, das die Todesstrafe für Terrorist(inn)en vorsieht. Im selben Jahr gründete die Regierung eine Einheit für Verteidigung und Sicherheit, die die Rolle der Armee in der Terrorismusbekämpfung weiter ausbauen soll.

Nach der Sousse-Attacke 2015 wurde durch die Regierung der Ausnahmezustand ausgerufen. Seitdem wurde er immer wieder verlängert. 2016 arbeitete der tunesische National Security Council eine neue nationale Strategie gegen den Terrorismus aus, die für einen multidimensionalen Ansatz plädiert und die vier Aspekte Prävention, Protektion, rechtliche Verfahren und Vergeltungsmaßnahmen umfasst. Durch die harte Bestrafung von islamistischen, radikalen Handlungen, soll eine Abschreckung erzielt werden.

Aufgrund der hohen Zahl von Menschen, die in Libyen zu militärischen Zwecken ausgebildet werden und von dort in den

Islamischen Staat ziehen, schränkte Tunesien die Reisefreiheit für unter 35-Jährige nach Libyen, in die Türkei und Serbien ein und schloss die tunesisch-libysche Grenze zeitweise ganz. Zuletzt war die Grenze ab dem 1. September 2018 für über sechs Wochen geschlossen⁵.

Seit 2016 wurden über 15.000 Extremismusverdächtige durch die staatlichen Sicherheitsbehörden überwacht. Im selben Zeitraum ging die Regierung gegen über 160 dschihadistische Zellen vor und verhaftete über 850 Terrorverdächtige⁶. Außerdem begann sie, Moscheen, die verdächtigt wurden, von Dschihadisten geführt zu werden, zu schließen oder die Imame zu ersetzen. Viele salafistische Gruppen in Tunesien haben in Moscheen neue Mitglieder rekrutiert: 2013 waren Berichten zufolge 100 bis 500 der 5.000 Moscheen in Tunesien von Salafisten kontrolliert⁷.

Weiter gab es 2015 eine Kampagne des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten, die mit „We are Islam“ für einen liberalen Islam warb. Auch auf wissenschaftlicher Ebene investiert die Regierung Geld für Studien zu den Ursachen von Radikalisierung.

4 Reuters

5 Carnegie Endowment for International Peace

6 Deutsche Welle

7 Combatting Terrorism Center



Die tunesische Jugend

Die Bevölkerung Tunesiens ist sehr jung: Tunesier/-innen zwischen 16 und 30 Jahren stellen circa ein Drittel der tunesischen Gesamtbevölkerung dar⁸. Und gerade die jungen Erwachsenen haben es seit der Revolution nicht leicht in ihrem Land. Laut Daten der Weltbank lag die Jugendarbeitslosigkeit in Tunesien im Jahr 2018 bei 34,8 Prozent. Interessanterweise ist die Arbeitslosigkeit bei jungen Erwachsenen mit akademischer Ausbildung besonders hoch.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung veranschaulicht die Frustration innerhalb der tunesischen Jugend. 45% der Befragten geben an, nach der Revolution mindestens einmal ihren Job verloren zu haben. 47% stimmen der Aussage zu, ihre eigenen Möglichkeiten nicht verwirklichen zu können. Diese Frustration erhöht die Anfälligkeit der jungen Menschen für Radikalisierung.

Gerade auf politischer Ebene bleibt die junge Generation stimmenlos. Nach der Revolution sind gerade mal 2,7% der Jugendlichen in einer politischen Partei vertreten⁹. Die tunesische Jugend erlebt eine Krise von Vertrauen und Glaubwürdigkeit des Staates und der Regierung. Nur 37% der Jugendlichen in Tunesien halten das Parlament für eine vertrauenswürdige Institution¹⁰.

Dieses Misstrauen in das politische Establishment spiegelt sich auch in den Ergebnissen der vergangenen Präsidentschaftswahl wider. Ein Großteil der jungen Wähler/-innen stimmte für den unabhängigen Kandidaten Kais Saied, der ohne politische Vorerfahrung als Außenseiter ins Rennen gestartet war¹¹. Bei der Wahl wurden die jungen Tunesier/-innen stark über soziale Medien mobilisiert.

Jugendarbeit in Tunesien

Die Jugendarbeit in Tunesien ist größtenteils staatlich organisiert. Wichtiger Akteur ist hier das Ministerium für Jugend und Sport. Unter Kontrolle des Ministeriums gibt es eine Vielzahl an Jugendclubs, die teilweise an Schulen gekoppelt sind. Hier findet Jugendarbeit im klassischen Sinne statt: Workshops, Peer-to-Peer-Ansätze, Theater, Austausche, Jugendcamps und Ähnliches. Abseits davon gibt es aber auch Angebote zur Berufsorientierung, da gerade die Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von der Regierung als drängende Themen angesehen werden.

Die Jugendarbeit ist regional organisiert, so dass es immer einen Inspektor pro Region gibt, der für die Weiterbildung der Pädagog(inn)en und die Koordination und Überprüfung der Jugendarbeit zuständig ist. In jeder Region des Landes gibt es staatliche Jugendzentren, in denen Angebote stattfinden. Außerdem fördert die Regierung auch mobile Jugendprojekte, die von Ort zu Ort ziehen. Neben dieser staatlichen Jugendarbeit gibt es in Tunesien zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Jugend einsetzen. Gerade seit der Revolution hat sich der Ansatz der Jugendarbeit in Tunesien geändert und eine Vielzahl neuer Organisationen wurde gegründet. Diese sind jedoch größtenteils in den Städten des Landes angesiedelt.

⁸ CIA World Factbook

⁹ Observatoire National de la Jeunesse

¹⁰ FES MENA-Jugendstudie 2018

¹¹ The Guardian

Länderportrait Deutschland

- Feindselige Einstellungen, politisch oder religiös motivierte Gewalt und Rechtspopulismus nehmen in Deutschland – besonders nach dem Zuzug von Geflüchteten 2015 – zu. Die Bundesregierung versucht dem mit der Förderung von Projekten zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention entgegenzuwirken.



Politische Radikalisierung in Deutschland

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist im Jahr 2017 eine rechtspopulistische Partei mit 12,6% in den deutschen Bundestag eingezogen, die mit einem Anti-Einwanderungsdiskurs die deutsche Öffentlichkeit und Parteienlandschaft verändert. Laut der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2018/19 hat sich Rechtspopulismus in der deutschen Gesellschaft verfestigt. Ein Drittel der Deutschen stellt infrage, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Besonders stark verbreitet sind negative Einstellungen gegenüber Asylsuchenden. Die Hälfte der Befragten stimmt negativen Aussagen über Geflüchtete zu.

Diese negativen Einstellungen und populistische Propaganda münden teils auch in Gewalt. „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ nennen die Sicherheitsbehörden jene Kriminalität, die auf rechtsextremem Gedankengut beruht. Im Jahr 2018 registrierte der Staat 1.156 solcher Gewalttaten in Deutschland¹². Nach dem Zuzug von Geflüchteten im Herbst 2015 stiegen rechte Straftaten gegen Geflüchtete an. So erreichten etwa die politisch motivierten Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte 2015 und 2016 einen Höhepunkt: 995 solcher Straftaten registrierten die Behörden 2016¹³.

In besonderem Maße geriet rechter Terror durch die Terrororganisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in den Blick

der deutschen Öffentlichkeit. Zwischen 2000 und 2007 töteten die Neonazis neun Migranten und eine Polizistin.

Auch auf politisch linker Seite kommt es zu Extremismus und Gewalt. Das prominenteste Beispiel für Linksextremismus in der deutschen Geschichte ist die RAF (Rote-Armee-Fraktion), die mit Entführungen, Überfällen und Sprengstoffattentaten für 33 Morde verantwortlich gemacht wird. 2017 wurde durch Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg Linksextremismus wieder verstärkt diskutiert: Das Treffen war von schweren Ausschreitungen mit Hunderten Verletzten überschattet worden. 51 Haftbefehle gegen Randalierende wurden damals erlassen¹⁴.

Religiös motivierte Radikalisierung in Deutschland

Neben politisch motivierter Gewalt hat auch Deutschland mit religiös motiviertem Extremismus zu kämpfen. Derzeit liegt die Zahl der bekannten Islamist(inn)en aus Deutschland, die in Richtung Syrien oder Irak ausgewandert sind, bei 1.050 Personen. Bei etwa der Hälfte dieser Personen liegen konkrete Anhalts-

¹² Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

¹³ Bundeskriminalamt 2016

¹⁴ Die Zeit



punkte vor, dass sie an Kampfhandlungen des Islamischen Staates, Al-Qaida oder anderer terroristischer Gruppierungen teilgenommen haben. Ein Großteil der ausgereisten Personen war zum Zeitpunkt ihrer Ausreise jünger als 30 Jahre alt¹⁵.

Neben den Radikalisierten, die nach Syrien ausgereist sind, gab es auch in Deutschland selbst islamistischen Terror. Am 19. Dezember 2016 wurden bei einem Anschlag auf dem Berliner Weihnachtsmarkt 12 Menschen getötet und 62 Menschen verletzt. Der Islamische Staat bekannte sich zu diesem Attentat¹⁶.

Präventionsarbeit in Deutschland

Die Bundesregierung hat verschiedene Programme ins Leben gerufen, um Prävention gegen Extremismus und Radikalisierung zu fördern. Beispielsweise gibt es nationale Präventionsprogramme wie „Zusammenhalt durch Teilhabe“ oder „Demokratie leben!“, im Rahmen dessen auch der Fachkräfteaustausch zur Radikalisierungsprävention stattfinden konnte.

Seit 2015 fördert das Bundesfamilienministerium mit „Demokratie leben!“ Projekte gegen „Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“. Seit Beginn des Bundesprogramms sind die Mittel für „Demokratie leben!“ bis zum Ende der Periode im Jahr 2019 stetig gestiegen: von 40,5 Millionen Euro im Jahr 2015 auf mehr als 115,5 Millionen Euro im Jahr 2019¹⁷. Im Bundeshaushalt 2018 sind im Einzelplan 17 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ 120,5 Millio-

nen Euro veranschlagt¹⁸. Fast genauso viel wird zur Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus angesetzt: Im Nationalen Präventionsprogramm der Bundesregierung wurden 2018 gegen islamistischen Extremismus Mittel von 100 Millionen Euro in verschiedenen Einzelplänen veranschlagt¹⁹.

Der Staat will auch durch seine Institutionen zur Bekämpfung des Extremismus beitragen: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurde im Jahr 2012 eine zentrale „Beratungsstelle Radikalisierung“ mit einer Hotline ins Leben gerufen. Außerdem wurde das „Präventionsnetzwerk Salafismus“ gegründet, in dem Polizeibehörden und Geheimdienste zusammenarbeiten. 2007 wurde in Deutschland eine „Antiterrordatei“ eingeführt, in der 38 deutsche Sicherheitsbehörden Informationen über potenzielle Gefährder/-innen einspeisen²⁰.

Neben der staatlichen Radikalisierungsprävention gibt es auch zahlreiche nicht staatliche Akteure, die mit unterschiedlichen Formaten gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung und Radikalisierung angehen. Orte der Präventionsarbeit sind dabei häufig Schulen, Jugendzentren, Moscheegemeinden, Familie und soziales Umfeld sowie das Internet oder der Strafvollzug.

15 Bundesamt für Verfassungsschutz, Juni 2019

16 Die Zeit

17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2019

18 Bundeshaushaltsplan 2018

19 Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, 2017

20 Bundeskriminalamt

Die deutsche Jugend

Jungen Menschen geht es beruflich in Deutschland vergleichsweise gut: Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren waren 2018 so selten erwerbslos wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. Die Erwerbslosenquote in dieser Altersgruppe betrug in Gesamtdeutschland 6,2%²¹. Und auch die Zahl der jungen Erwachsenen mit hohem Bildungsgrad steigt: Im Wintersemester 2017/2018 gab es rund 2,5 Millionen deutsche Studierende an den Hochschulen – damit erreichte die Studierendenzahl einen neuen Rekord²².

Die Jugend interessiert sich für Politik. Der Shell-Studie 2015 zufolge haben sich fast sechs von zehn Jugendlichen schon einmal an einer oder mehreren politischen Aktivitäten beteiligt. An der Spitze stehen dabei der Boykott von Waren aus politischen Gründen und das Unterzeichnen von Petitionen. Jeder Vierte hat bereits an einer Demonstration teilgenommen, und jeder zehnte engagiert sich in einer zivilgesellschaftlichen Organisation.

Doch auch in Deutschland ist bei jungen Menschen das Vertrauen in die Politik stark beeinträchtigt. „Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken“, diesen Satz unterschreiben 71 Prozent der jungen Leute laut der Shell-Studie 2019. Außerdem stellt die Studie heraus, dass rund 24 Prozent „populismusceneig“ sind. Mehr als die Hälfte der in der Studie befragten jungen Menschen glaubt, dass die Regierung der Bevölkerung die Wahrheit verschweigt, und dass der Staat sich mehr um Geflüchtete als um hilfsbedürftige Deutsche kümmere.

Jugendarbeit in Deutschland

Die Jugendhilfe – und damit auch die Jugendarbeit – ist durch eine Vielfalt von unterschiedlichen Trägern gekennzeichnet, die die Pluralität der Gesellschaft und der jungen Menschen widerspiegeln soll. Angebote der Jugendarbeit werden von freien Trägern und den örtlichen und überörtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe umgesetzt. Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten Institutionen finden unter den Prinzipien der gleichberechtigten Zusammenarbeit und der Subsidiarität statt: Jugendämter sind verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Angebot der Kinder- und Jugendarbeit sicherzustellen und nach Möglichkeit den Trägern zu übertragen, die jungen Menschen und ihrem Umfeld am nächsten stehen.

Knapp 15.000 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit gibt es deutschlandweit. 84 Prozent davon sind die klassischen Einrichtungen offener Kinder- und Jugendarbeit: etwa Jugendzentren, Abenteuerspielplätze und Spielmobile²³. Freie Träger mit einem großen Angebot in Deutschland sind beispielsweise Jugendverbände, Jugendringe sowie kirchliche Träger wie Diakonie und Caritas²⁴.

Ein Element der Jugendarbeit in Deutschland ist die „offene Jugendarbeit“: Ihre Einrichtungen sind für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich. Vorwiegend handelt es sich dabei um die klassischen Jugendzentren, in denen Jugendliche ihre Freizeit verbringen können und Orientierungshilfen für ihre persönliche, schulische und berufliche Entwicklung bekommen.



21 Statistisches Bundesamt, 2018

22 Statistisches Bundesamt, 2018

23 Deutsche Telekom Stiftung

24 Statistisches Bundesamt, 2017

Länderportrait Spanien

- Seit Dezember 2018 gibt es mit „Vox“ – scheinbar überraschend – eine rechtspopulistische Partei in der parlamentarischen Landschaft Spaniens. Extremismusbekämpfung und Radikalisierungsprävention sind trotzdem vornehmlich auf religiös motivierten Extremismus ausgerichtet.



Religiös motivierte Radikalisierung in Spanien

Im Jahr 2004 traf Spanien einer der größten islamistischen Terroranschläge Europas: Am 11. März wurden in vier Zügen in Madrid Bomben gezündet, denen 191 Menschen zum Opfer fielen. Rund 1.800 Menschen wurden verletzt. Seitdem hat der spanische Staat über 400 Islamisten festgenommen²⁵. Im Jahr 2017 waren Reuters-Berichten zufolge rund 3.000 Menschen in Spanien dafür im Einsatz, Terroranschläge zu verhindern: Unter anderem die spanische Polizei, die zu diesem Zeitpunkt rund 260 Gefährder/-innen beobachtete.

Trotz der Maßnahmen traf Spanien am 17. August 2017 ein weiteres Attentat, als ein Van in eine Menschenmenge auf der beliebten Einkaufsstraße Las Ramblas in Barcelona fuhr. Dabei wurden 13 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt. Nur einen Tag später gab es einen ähnlichen Anschlag in Cambrils, einer Küstenstadt nahe Barcelona. Zu beiden Anschlägen bekannte sich der IS²⁶.

Sowohl der Anschlag in Madrid als auch der in Barcelona wurden vorrangig von Menschen mit marokkanischer Herkunft organisiert, die in Spanien radikalisiert wurden. 90 Prozent der Islamisten, die zwischen 2013 und 2016 in Spanien festgenommen wurden, wurden vor Ort radikalisiert²⁷. Häufig findet diese Radikalisierung in Gefängnissen statt. Auch spanische Städte in Nordafrika wie Melilla und Ceuta haben sich in den vergangenen Jahren zu Hotspots für die Anwerbung entwickelt, gerade

für die Ausreise nach Syrien oder in den Irak²⁸. Im Oktober 2019 hatten rund 248 Menschen Spanien verlassen, um islamistische Kampfhandlungen im Nahen Osten oder in Mali und den Philippinen zu unterstützen²⁹.

Politische Radikalisierung in Spanien

Nachdem Spanien lange Zeit eines der wenigen europäischen Länder zu sein schien, das vom Anstieg rechtspopulistischer Parteien verschont blieb, hat sich die Situation mit den Wahlen im Dezember 2018 geändert: Die Partei Vox gelangte erstmals mit 11 Prozent der Stimmen in das spanische Parlament. Und das mit einem Programm, das sich pro-nationalistisch gegen Multikulturalismus, Feminismus und LGBTQI-Rechte ausspricht. Ein Drittel der Stimmen für Vox kam dabei von Menschen unter 34 Jahren³⁰.

Als Gründe für die breite Unterstützung von Vox wurden unter anderem die sozioökonomische Krise und Korruption ausgemacht. Außerdem sei die Partei auch von internationalen

25 The Guardian

26 BBC News

27 Combating Terrorism Center

28 Counter Extremism Project

29 El País, Intelligence Center for Counter-Terrorism and Organized Crime

30 CIS – The College for International Studies



Entwicklungen in Richtung Rechtspopulismus in anderen europäischen Ländern inspiriert worden. Durch Vox wurde der Anti-Immigrationsdiskurs stärker in die spanische Bevölkerung hineingetragen. Besonders für junge Leute, bei denen die Unzufriedenheit mit der spanischen Regierung groß ist, stellt dies eine Gefahr für zunehmende Radikalisierung nach rechts dar. Gerade in den sozialen Medien ist die Vox stark vertreten: Mit 316.000 Followern ist sie die Partei Spaniens mit den meisten Instagram-Followern, einer der populärsten Social-Media-Kanäle in Spanien, auf dem 60% der Nutzer zwischen 14 und 17 Jahren alt sind³¹.

Maßnahmen der Regierung

In den vergangenen Jahren lagen die Maßnahmen der spanischen Regierung gegen Radikalisierung vornehmlich im Bereich des religiös motivierten Extremismus. 2015 sprach die Regierung die Gefahrenstufe 4 auf einer Skala von 1 bis 5 für Terrorismus aus und implementierte mehr Maßnahmen zur Terrorbekämpfung: so zum Beispiel intensivere Grenzkontrollen, höhere Polizeipräsenz und verstärkte Überwachungsmaßnahmen von Transitstationen, Krankenhäusern und öffentlichen Einrichtungen. Zudem soll die Kooperation von lokalen Gemeinden und den Sicherheitsbehörden intensiviert werden.

Mit dem „Pakt gegen den Terrorismus“ wurden Strafen für die Unterstützung terroristischer Handlungen verschärft. Auch

Hate Speech und die Glorifizierung von Terror online wurden in Spanien unter Strafe gestellt.

Außerdem will die Regierung auch online Counternarrative verbreiten: so zum Beispiel mit der Kampagne #SomosMás (Wir sind mehr) gegen Diskriminierung.

Im Februar 2019 veröffentlichte die spanische Regierung eine neue Counterterrorismus-Strategie, die unter den Schlagwörtern "Preventing, Protecting, Persecuting and Preparing a response" darauf abzielt, Extremist(inn)en und für Radikalisierung anfällige Menschen zu identifizieren, um Radikalisierung und weitere Anschläge zu verhindern. Die neue Strategie fokussiert sich vornehmlich auf Dschihadist(inn)en, unter anderem Rückkehrer/-innen von IS oder Al-Qaida, sowie auf die Arbeit in Gefängnissen.

Die spanische Jugend

Die ökonomische Situation der Jugend in Spanien ist seit der Finanzkrise schwierig. Die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien liegt bei 32,2%, viele andere junge Menschen befinden sich in kurzen Arbeitsverhältnissen mit geringem Einkommen³². Eine

31 Open Democracy

32 Eurostat 2019



Studie des University College of Financial Studies in Madrid zeigt, dass junge Spanier/-innen heute weniger verdienen als Menschen in Spanien in ihrem Alter vor 10 Jahren – unabhängig vom Grad der Qualifikation.

Einher gehen die finanziellen Sorgen mit großer Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber der Politik. 78 Prozent der jungen Erwachsenen in Spanien finden, dass ihre Meinungen von Politiker(inne)n ignoriert werden. Nur 21 Prozent von ihnen stimmen der Aussage zu, dass Politiker/-innen eine bessere Zukunft für sie wollen³³.

Jugendarbeit in Spanien

Die spanische Verfassung beinhaltet in Artikel 48, dass junge Menschen in freier Entscheidung das gesellschaftliche, politische, soziale und wirtschaftliche Leben des Landes mitgestalten sollen. Hierfür muss der Staat ansprechende Institutionen und Möglichkeiten der Teilhabe schaffen, so zum Beispiel nationale und regionale Jugendräte.

Die Strukturen der Jugendpolitik in Spanien ähneln denen in Deutschland. So gibt es Träger auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene, die eigenständig arbeiten. Der größte Teil der Jugendarbeit wird von den 17 autonomen Regionen und lokalen Entscheidungsträgern organisiert. Auf nationaler Ebene gibt es neben dem Jugendrat noch das spanische Jugendinstitut INJUVE und die interministerielle Jugendkommission.

Zurzeit gibt es rund 3.000 Jugendinformationszentren³⁴. Die Zentren befinden sich in der Trägerschaft öffentlicher Institutionen und privater gemeinnütziger Initiativen. Die öffentlichen Institutionen finanzieren die Angebote mit ihrem eigenen Etat. Die gemeinnützigen Institutionen finanzieren die Jugendangebote mittels öffentlicher Mittel oder aus Eigenmitteln.

³³ Foundation for European Progressive Studies, 2017

³⁴ DIJA

Die Themen des Fachaustauschs

Primärprävention: Empowerment für alle

- Wie kann man sich Primärprävention in Tunesien, Deutschland und Spanien vorstellen? Werden ähnliche Methoden verwendet? Wo liegen die Herausforderungen? In Kleingruppen sehen die Teilnehmenden viele Gemeinsamkeiten und merken doch, dass die Primärprävention auch immer von der gesellschaftspolitischen Lage mitgeformt wird.

Um die Fragen nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten in der Primärprävention zu beantworten, beginnen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen zu erzählen, welche Erfahrungen und Arbeitsweisen sie selbst bisher kennengelernt und umgesetzt haben. Denn am konkreten Beispiel wird am ehesten sichtbar, wie die Primärprävention im jeweiligen Land aussieht.

Schnell wird deutlich, dass nicht unbedingt ein Unterschied zwischen Primärprävention in vornehmlich muslimisch geprägten und europäischen Ländern auszumachen ist. Überall zielt die Arbeit auf das gemeinsame Ziel ab, Vorurteile zu verringern und eine tolerante Gesellschaft zu gestalten. Der Austausch in einer internationalen Gruppe zeigt jedoch, dass es länderspezifische Konflikte, Stereotype und Themenfelder gibt, an denen die Primärprävention ansetzen muss. In Spanien zum Beispiel sei die Sensibilisierung für Diversität eine wichtige Aufgabe, sagt Roberto Muelas: „Man muss über multiple Identitäten

sprechen, darüber, dass man sowohl spanisch als auch muslimisch sein kann.“

Die Gruppe stimmt dem zu und macht auch klar, dass es bei der Primärprävention um einen holistischen Anspruch gehen muss, der über stigmatisierte Themen wie „Religion“ und „kulturellen Hintergrund“ hinausgeht: „Wir müssen alle zusammen am gleichen Thema arbeiten und es aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten. Dafür müssen sich alle im Klassenraum angesprochen fühlen – wir müssen also einen generellen Fokus finden“, sagt eine der Teilnehmenden.

Dies wird vor allem aus spanischer und deutscher Perspektive bekräftigt, da es hier ein großes Angebot für migrantische Zielgruppen gäbe, dabei aber ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz mitunter zu kurz komme. Generell beschäftige sich der deutsche Diskurs stark mit intersektionalen Ansätzen: „Es gibt so viele Formen der Diskriminierung, die zeitweise auch gegeneinander ausgespielt werden. Das muss man bei der Arbeit berücksichtigen“, sagt ein deutscher Teilnehmer.

Das zeigt, dass die Themen der Primärprävention durch die gesellschaftspolitische Lage eines Landes geformt werden. In Tunesien als junge Demokratie steht vor allem im Vordergrund, Partizipation und Teilhabe anzuregen. „Unsere Aufgabe ist es, den Jugendlichen zu vermitteln, dass es sich lohnt zu partizipieren und dass sie einen Unterschied machen können. Auch mit Mitteln abseits der Gewalt“, sagt einer der tunesischen Teilnehmer. Für einen Teilnehmer deutscher Seite stellt sich da die prinzipielle Frage: „Wie grenzen wir denn Primärprävention eigentlich von Jugendarbeit ab?“ Im Rahmen des Austauschs wird immer wieder über Methoden gesprochen, die Bestandteil der normalen Jugendarbeit waren und sind. In welchen Kontexten werden diese als Primärprävention kategorisiert? Das könne auch mit Förderstrukturen zusammenhängen, mutmaßt einer der deutschen Teilnehmer. Eine trennscharfe Abgrenzung der beiden Begriffe sei schwierig, da im Idealfall jede Jugendarbeit auch eine präventive Wirkung haben könne.

Schnell kommen die Teilnehmenden auch darauf zu sprechen, welche Rolle Medien spielen, wenn es um Narrative und Stereotype geht. Wichtig sei es in der Primärprävention daher auch, die Jugendlichen in einem kritischen Umgang mit Medien zu



schulen und sie darin zu trainieren, Fake News besser zu erkennen. Welche Medien besonders häufig von radikalen Gruppen genutzt werden, unterscheidet sich von Land zu Land. Mónica Carrión Otero aus Spanien sagt, dass in Spanien vor allem WhatsApp-Gruppen eine große Rolle spielen. Da es sich hier um geschlossene Gruppen handele, sei die Regulierung und Aufdeckung von Falschnachrichten besonders schwierig. Beim Besuch der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung wird auch die Bedeutung des Messengerdienstes Telegram für radikale Gruppen beleuchtet.

Wichtig sei jedoch nicht nur ein bewusster Umgang mit Medien, sondern auch, dass junge Menschen sich und ihre Lebensformen dort wiedererkennen können. Dafür sei es von Bedeutung, dass in den Medien positive Rollenbilder auftauchen, meint eine deutsche Teilnehmerin: „Das passiert bereits auf Youtube, dass Influencer dort ein anderes Bild der muslimischen Community aufzeigen und durch einfache Darstellung ihres Alltags diese Lebenswelten normalisieren.“ In Deutschland gibt es beispielsweise mit „Say my name“ ein Programm der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), das gemeinsam mit Influencer(inne)n Vielfalt sichtbarer machen soll. Gerade in Deutschland, wo Migrant(inn)en in bestimmten Feldern unterrepräsentiert sind, sei das von Bedeutung.

Auch beschäftigt die Gruppe die Frage, mit wem und auf welche Weise für die Primärprävention Kooperationen stattfinden sollen. Hier sind sich die meisten Teilnehmenden einig, dass eine enge Zusammenarbeit mit Akteur(inn)en aus der kulturellen Arbeit sowie aus dem Beschäftigungssektor vonnöten ist. Gerade in Tunesien scheint es laut Berichten der Teilnehmenden noch keine enge Kooperation zwischen Regierung und NGOs im Bereich der Radikalisierungsprävention zu geben. In Deutschland dagegen ist sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Primär-

prävention weit ausdifferenziert und stark in der Jugendarbeit verankert.

Schaut man auf die diskutierten Ursachen von Radikalisierung, bedeutet Primärprävention auch, Jugendlichen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen: Aus der Gruppe kommen hierzu Ideen für Programme mit Berufsberatung und persönliche Coachings, die Jugendliche auf ihrem beruflichen Weg unterstützen können. „Wir müssen ihnen Methoden an die Hand geben, die ihnen zeigen, wie man sich auch ohne Gewalt empowern kann“, sagt einer der tunesischen Teilnehmenden. Aus den tunesischen Beispielen wird deutlich, dass aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der geringen staatlichen Unterstützung für Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt häufig Nicht-regierungsorganisationen diese Lücke füllen. Geht es hier in der Primärprävention also zum großen Teil um die ökonomische Existenzsicherung der Jugendlichen, so scheint es in Deutschland und Spanien auch um abstrakte Themen wie Identität zu gehen.

Auch die Frauenförderung wird gezielt von tunesischen Teilnehmerinnen als besonders wichtiges Element der Primärprävention angesprochen. Erst dann, wenn Förderungen und Empowerment auch den weiblichen Teil der Bevölkerung erreichen, könne man auf eine friedvolle Gesellschaft hinarbeiten, sagt Hedía Abidi.

Sehen die Projekte zur Primärprävention in Deutschland, Tunesien und Spanien zwar ähnlich aus, unterscheidet sich die Arbeit in den Ländern jedoch stark, wenn es um sekundäre oder tertiäre Prävention geht. Die Arbeit mit spezifisch gefährdeten Jugendlichen oder jenen, die bereits radikalisiert oder straffällig sind, ist in Tunesien kaum Teil der Jugendarbeit. Stattdessen spielen hier die Polizei und Sicherheitsbehörden eine wichtige Rolle, erklären tunesische Teilnehmende.

Ursachen von Radikalisierung: viele Wege, viele Ähnlichkeiten

- Ein anderer Kontinent, eine andere Religion – und doch sind die Ursachen für Radikalisierung ähnlich. Die Teilnehmenden aus Tunesien, Deutschland und Spanien diskutieren über Faktoren in Radikalisierungsprozessen und stellen viele Gemeinsamkeiten fest.

Wenn die Teilnehmenden über die Ursachen von Radikalisierung sprechen, geht es ihnen vornehmlich um die Push-Faktoren. Warum wenden sich junge Menschen radikalen Ideen zu? Was unterscheidet den Weg in die Radikalisierung von Menschen aus Tunesien, Spanien und Deutschland? Dabei sprechen sie über extremistische Gruppen jeder Art und schnell stellt sich in der Diskussion heraus: Egal ob religiös motiviert oder rechtsradikal, egal ob Spanien, Tunesien oder Deutschland – die Push-Faktoren sind ähnlich.

Ein großes Thema sieht die Gruppe in der sozioökonomischen Situation und der Marginalisierung von jungen Menschen: „Armut kann einen Radikalisierungsprozess begünstigen“, sagt eine spanische Teilnehmerin. Die Marginalisierung von einkommensschwachen Gruppen beobachten die Teilnehmenden aus allen drei Ländern. In Tunesien hat sich nach der Revolution die wirtschaftliche Lage verschlechtert, was insbesondere für junge Leute zur Herausforderung wird. Und auch Spanien kennt das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit als Phänomen, das mit wirtschaftlichen Krisen einhergeht. Trotzdem wird in der Diskussion auch deutlich: Es ist nicht vordergründig von Bedeutung, dass die Einkommensunterschiede zwischen Deutschland und Tunesien groß sind – wichtig sind die Ungleichheiten innerhalb der Länder.

Das Thema Armut ist außerdem eng verwoben mit Ghettoisierung in bestimmten Bezirken. Sowohl die Teilnehmenden aus Deutschland, Spanien als auch Tunesien kennen die Phänomene von Vierteln, in denen Armut und Kriminalität besonders prä-

sent sind. Diese Ghettoisierung trage mit dazu bei, dass sich die Menschen nicht als Teil der Gesellschaft fühlen: „Sie fühlen sich nicht integriert, geschweige denn wertgeschätzt“, sagt ein Teilnehmer aus Spanien. Vor allem in Deutschland und Spanien, so die Diskutierenden, komme hier auch das Thema der Diskriminierung von ethnischen Minderheiten hinzu. Demetrio Gómez aus Spanien berichtet von der Aus- und Abgrenzung der Roma-Gemeinschaft: „Viele von ihnen fühlen sich ausgeschlossen, haben nicht die gleichen Möglichkeiten und beginnen daher verstärkt, sich innerhalb von religiösen Gruppen zu sozialisieren und identifizieren.“ Letztlich handele es sich häufig um Identitätskrisen. „Die Suche nach Identität“, wie einer der Teilnehmenden sagt, bilde gepaart mit Diskriminierung oder Anfeindungen einen fruchtbaren Boden für extremistische Propaganda.

Das Thema der Suche nach Identität ist in Deutschland und Spanien auch bedingt durch die Migrationsgeschichte. „Das Leben in der Diaspora verstärkt diese Suche nach Identität. Wenn man von der Mehrheitsgesellschaft nicht gut aufgenommen wird, fühlt man sich nicht als zugehörig und sucht nach einer Gemeinschaft, in der man akzeptiert wird“, erklärt Türkan Kanbıçak. Letztlich sei es jedoch nicht unbedingt wichtig, ob jemand einen migrantischen Hintergrund habe oder nicht, sondern Radikalisierungsanfälligkeit sei immer eine Frage der Biografie. Mit wem kommen die Jugendlichen in Kontakt? Wie hoch ist ihr Selbstbewusstsein? Was sind ihre Perspektiven?

So kann der Weg in den Extremismus neben äußeren Umständen auch durch eine psychische Labilität oder ein geringes Selbstbewusstsein begünstigt werden, bekräftigt Abdelkarim Aboufarah aus Tunesien. Für Jugendliche sei das besonders gefährlich, da sie sich in einer Entwicklungsphase befinden und deshalb noch in der Persönlichkeitsbildung sind. Und in allen drei Ländern gibt es Gruppen, die die Labilität und Naivität der jungen Erwachsenen ausnutzen.

Identitätsstiftend können dabei ganz unterschiedliche Dinge sein. Religiöse Gruppierungen werben mit klaren Strukturen und Regeln, Neonazis entwickeln ihre eigene Musikkultur. Häufig sei es ein Gruppencharakter und das Gefühl von Zugehörigkeit, das die Menschen anlocke, sagt ein Teilnehmer aus Spanien. Michael Hebeisen von jugendschutz.net stellt auch die Rolle, die das Internet als Raum zur Radikalisierung spielt, heraus. So können Radikalisierungsprozesse noch einfacher auch über Landesgrenzen hinweg stattfinden und der Kontakt zu potenziellen neuen Mitgliedern unkompliziert aufrechterhalten werden.

Auch wenn diese Push-Faktoren für jegliche Formen der Radikalisierung gelten, kommen die Teilnehmenden aufgrund ihrer Arbeitserfahrungen auf religiös motivierten Extremismus zu sprechen. Wie kommt es, dass so viel Extremismus religiös begründet ist? Bei den deutschen und spanischen Teilnehmenden drängt sich hier vor allem auch diese Frage auf: Wie kann man

mit diesem Thema umgehen, ohne islamophobe Argumente aufzugreifen? Wie arbeitet man mit einer gefährdeten Zielgruppe, ohne diese vorzuverurteilen?

Hedia Abidi aus Tunesien betont, wie wichtig es in Tunesien sei, religiöse Bildung zu stärken und unterschiedliche Lesarten des Korans aufzuzeigen. Auch das gilt nicht nur für vornehmlich muslimisch geprägte Länder, sondern weltweit, findet Demetrio Gómez aus Spanien. Er vertritt die Ansicht, dass prinzipiell jede Religion die Gefahr birgt, für Extremismus und Radikalität manipuliert zu werden. „Religion ist ein Instrument für Radikalisierung, aber die Religion ist nicht das Problem“, sagt einer der Teilnehmer. Und erläutert näher: „Das ist das Spannende an Religion: Sie wird für gute und für schlechte Zwecke instrumentalisiert und es gibt nie den einen richtigen Weg, die eine wahre Auslegung der Religion. Die vielen möglichen Interpretationsmöglichkeiten müssen wir akzeptieren.“ Dabei geht es nicht nur um den Islam, sondern um alle Religionen, sind sich die Teilnehmenden einig.

Doch allen herausgearbeiteten Ursachen zum Trotz ist den Teilnehmenden auch klar: „Es gibt immer viele Gründe“. Radikalisierungsverläufe sind multidimensional und immer individuell. Das mache es für die Teilnehmenden auch so schwierig, pauschale Aussagen über die Ursachen zu treffen – geschweige denn zu sagen, wie man einen Menschen, der sich radikalisiert, frühzeitig erkennen könne. Auch hier stehen die Teilnehmenden aus Deutschland, Tunesien und Spanien vor ähnlichen Herausforderungen.



Tools und Methoden zur Radikalisierungsprävention: Vom spielerischen Lernen und Lösen

- In einem kurzen Brainstorming konnten die Teilnehmenden ein eigenes Thema für ein World-Café aussuchen – und das war schnell gefunden: Die Fachkräfte wollen mehr über Methoden und Tools erfahren. Und wer weiß, vielleicht kann man sogar Ideen für neue Methoden entwickeln?

In der Diskussion um konkrete Tools und Methoden tragen die Teilnehmenden erst einmal ihre eigenen Erfahrungen zusammen. Welche Methoden nutzen sie? Mit welcher Zielgruppe arbeiten sie? Denn schnell wird deutlich betont: Die Methoden müssen selbstverständlich an die jeweilige Zielgruppe angepasst werden. Wichtig sei es, sich in die Perspektiven, Bedürfnisse und Lebenswelten der Zielgruppe hineinzusetzen, sagt eine der spanischen Teilnehmerinnen. Was sind deren Motivation und Ziele, an einem Workshop oder einer anderen Aktivität teilzunehmen, müsse die leitende Fragestellung sein.

Beim Gespräch über Methoden werden besonders dann die Unterschiede zwischen Deutschland, Spanien und Tunesien deutlich, wenn es um den Bereich Schule geht: Deutsche und spanische Teilnehmende erzählen von den Hürden, die man nehmen muss, wenn man in Schulen außerschulische Workshops oder Ähnliches veranstalten wolle. Da stehe man nicht nur Lehrkräften und Bürokratie gegenüber, sondern auch Eltern, die wollen, dass sich die Kinder ausschließlich auf ihre Prüfungen konzentrieren. Außerdem gäbe es häufig Vorbehalte gegen Programme, die sich thematisch mit dem Islam auseinandersetzen: „Die Schulen befürchten, dass wir die Kinder drängen, muslimisch zu werden“, erzählt eine spanische Teilnehmerin. In Tunesien sei diese Trennung zwischen Schulunterricht und außerschulischen Programmen unschärfer, da auch viele Jugendzentren direkt in die Schulen integriert seien, heißt es von tunesischer Seite.



Die Art, wie vor Ort gearbeitet wird, ist aber in allen Ländern vielfältig: Mal gibt es künstlerische Herangehensweisen, mal inklusive Camps, mal digitale Tools. Doch schauen wir uns das, was die Teilnehmenden aus ihrem Erfahrungswert schöpfen, mal genauer an:

Abdelkarim Aboufarah aus Tunesien erzählt beispielsweise von positiven Erfahrungen mit Theaterforen, angelehnt an das „Theater der Unterdrückten“, das zu Beginn der 1970er von Augusto Boal in Brasilien entwickelt wurde. Bei diesem Konzept sieht sich das Publikum ein Theaterstück an, in dem der Protagonist einem Hindernis oder einer Herausforderung gegenübersteht, die er nicht überwinden kann. Nach dem Stück sind die Zuschauer/-innen selbst gefragt: Sie können selbst auf die Bühne gehen und alternative Handlungsoptionen für den Protagonisten aufzeigen. Anschließend proben die Schauspieler/-innen diese Alternativen gemeinsam mit dem Publikum. So entsteht eine „theatrale Debatte“, die Handlungsoptionen aufzeigt und dazu anregt, diese zu analysieren.

Eine beliebte Methode scheint auch das Storytelling zu sein. So empfiehlt der spanische Verein Al Fanar in seinem Methodenkit mit einem Comic zu arbeiten, in dem die Kinder die Sprechblasen selbst ausfüllen können (siehe Best-Practice-Beispiele) und auch Basira Beutel vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) arbeitet mit einer ähnlichen Methode: „Wir haben Geschichten, die die Kinder dann zu Ende schreiben sollen. Dabei geht es um ein Kind, das sich ausgeschlossen und einsam fühlt. Indem die Kinder die Geschichte selber weitererzählen, können sie an Lösungen für die Situation arbeiten“. Dies sei in Deutschland besonders wichtig, weil viele Kinder mit Migrationshintergrund sich nicht mit Deutschland identifizieren können. In diesen Geschichten können sie sich möglicherweise wiederfinden und verstanden fühlen.

Ein weiteres Spiel, bei dem es darum geht, die Reflexion von Privilegien anzuregen, ist die „Inequality Road“. Bei diesem Spiel stellen sich die Jugendlichen in einer Reihe auf und es werden bestimmte Kategorien oder Lebensumstände vorgelesen. Wer die vorgelesenen Privilegien genossen hat, darf einen Schritt nach vorne gehen. So werden auf simple Weise die unterschiedlichen Startbedingungen im Leben von Jugendlichen veranschaulicht. Inspiriert wurden die Teilnehmenden zu diesem Spiel durch das Video „Life of Privilege“. Dieses Video eines US-amerikanischen Football-Trainers, der dieses Spiel mit seinem Team spielt, ist viral gegangen. Die Erfahrungen der Teilnehmenden aus den drei Ländern sprechen für sich: Immer mehr finden der Austausch von Methoden und die Bereitstellung von Materialien auch online statt.

Beim gemeinsamen Anschauen des Videos diskutieren die Teilnehmenden, ob es nicht besser sei, den Kindern fiktive Persönlichkeiten zuzuteilen, um das Ganze nicht zu intim und emotional zu machen. „Kinder mit wenigen Privilegien sind sich dessen meist bewusst und mit einem solchen Spiel könnte man sie erneut traumatisieren“, sagt Basira Beutel. Mit fiktiven Charakteren bleibe der Lerneffekt bestehen, aber man könne persönliche Verletzungen vermeiden.

Inspiriert von dem Spiel von Katrin Benzenberg, dem Islam-Spiel von „Gesicht Zeigen!“, wird dann an neuen eigenen Ideen gefeilt und beispielsweise deren Übertragbarkeit auf andere Themenfelder oder eine eigene Gestaltung eines solchen Spiels diskutiert. Angelehnt an das Spiel „Activity“ müssen bei diesem Spiel Begriffe rund um den Islam entweder erklärt, pantomimisch dargestellt oder gezeichnet werden. Karten bieten außerdem Wissenstexte an, auf denen der jeweilige Begriff und sein Hintergrund erklärt werden. Es ist ein spielerisches Lernen. „Dieses Spiel kann man einfach selbst



herstellen oder auch zu anderen Themen gestalten", sagt eine Teilnehmerin.

Gerade in Deutschland gebe es einen großen Bedarf, die nicht-muslimische Community über den Islam aufzuklären, findet Mutaz Tamimi: „Wenn man möchte, dass die Jugendlichen sich in die Gesellschaft integrieren, verdienen sie es auch, verstanden zu werden. Deswegen müssen auch die nicht-migrantischen Jugendlichen mehr über Religionen und andere Lebenswelten lernen.“

Außerdem wird im Gespräch deutlich, dass es einen großen Bedarf gibt, auch digitale Medien in der Bildungsarbeit zu nutzen. Eine Teilnehmerin empfiehlt hier beispielsweise Kahoot, eine App, mit der man Quizze gestalten kann. „Ein guter Einstieg, um auf spielerische Weise das Wissen der Kinder über den Islam zu testen“, sagt Mónica Carrión Otero.

Doch nicht nur der Umgang mit digitalen Tools, sondern auch mit Medien und Onlinejournalismus will gelernt sein. Naceur Mehadoui aus Tunesien hat gute Erfahrung mit Medientrainings für Jugendliche gemacht: „Man muss den Jugendlichen beibringen, aufmerksam und kritisch zu lesen, so dass sie Fake News erkennen und selbstständig und verantwortungsbewusst mit Medien umgehen können.“

Auch von Einrichtungsbesuchen nehmen die Teilnehmenden noch Ideen für neue Spiele mit, beispielsweise den Ansatz der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt. Dort wurden Fotos von Gegenständen gezeigt, die man einer Herkunft zuordnen sollte, wie beispielsweise das „typisch deutsche“ Bier. Ein Blick auf die Rückseite verrät dann: Ursprünglich stammt das Getränk aus China. Und mit solch kleinen Spielereien werden die Jugendlichen zum Nachdenken angeregt. Türkan Kanbıçak betont, wie wichtig es ist, dass Jugendliche durch Erfahrung lernen und nicht, weil jemand ihnen etwas erzählt. „Wenn jemand versucht zu vermitteln, kann schnell er oder sie als Person in den Fokus rücken und so zum möglichen Feindbild oder Person für Projektionen werden. Wenn sie für sich selbst lernen, ist das anders.“

Teils kennen Deutsche, Spanier/-innen und Tunesier/-innen die gleichen Methoden, teils gibt es unterschiedliche Ansätze, doch alle merken schnell: Der Austausch darüber ist wertvoll. Deshalb möchten sie im Anschluss an den Fachaustausch gemeinsam an einem Methodenmanual arbeiten, in dem jede/-r einige Methoden, die er oder sie nutzt, auflistet – so dass am Ende eine Sammlung entsteht, auf die man immer wieder zurückgreifen kann.

Islam in der Jugendarbeit: Wie hältst du's mit der Religion?

- 98% der Bevölkerung Tunesiens sind muslimisch, in Deutschland sind es rund 19%. Wie wirkt sich das auf die Rolle des Islams in der Jugendarbeit aus? Und welche Bedeutung haben Moscheen? Tunesische und deutsche Fachkräfte tauschen sich aus.

„Jugendarbeit in Moscheen ist für mich eine fremde Idee“, stellt eine der tunesischen Teilnehmerinnen in den Raum. In Tunesien seien Jugendarbeit und Moscheen strikt getrennt, auch aufgrund der Erfahrungen, die nach der Revolution gemacht wurden. „Im Zuge der Demokratisierung gab es auch mehr Möglichkeiten für radikale Gruppen, ihre Ideen in Moscheen zu verbreiten. Dieses Problem hat die Regierung erkannt und reglementiert das nun strikter“, erzählt ein tunesischer Teilnehmer. Imame werden heute in Tunesien vom Staat ausgewählt und bezahlt.

In Deutschland sieht das anders aus: Moscheen in Deutschland unterliegen keiner staatlich organisierten Kontrolle, außer sie werden vom Verfassungsschutz überwacht. Die tunesischen Teilnehmer/-innen sind verwundert darüber, sehen das und die Erzählungen von Imamen, die aus dem Ausland bezahlt werden, als schwierig an: „Wenn Religion und Geld vermischt werden, ist das immer eine gefährliche Kombination“, meint ein tunesischer Teilnehmer. In Tunesien werden Moscheen daher staatlich finanziert. Spenden sind verboten, außer sie werden direkt in Renovierungsprojekte der Moschee investiert.

Doch bedeutet die strikte Trennung zwischen Jugendarbeit und Moscheen in Tunesien, dass der Islam ganz außen vor ist in der Jugendarbeit? Nein, erklären die Teilnehmenden aus Tunesien: „Wir laden Imame zu uns in die Jugendzentren ein und sprechen mit ihnen über den Islam, über einen liberalen Islam. Dabei geht es auch darum, uns von der negativen Medienberichterstattung abzugrenzen und das Bild des Islams positiver zu gestalten.“

In Deutschland sei man nicht auf diese klare Trennung aus, doch hier stecke die Kooperation mit Moscheen noch in den Kinderschuhen, heißt es von deutscher Seite. Wichtig sei beim Etablieren einer Jugendarbeit in Moscheegemeinden vor allem, dass man die Unterstützung nicht als „Prävention“ deklariere, findet einer der deutschen Teilnehmer: „Jugendarbeit in Moscheen sollte nicht als Prävention dargestellt werden – das stigmatisiert die Gemeinden. Vielmehr sollte es um die Frage gehen: Wie können wir unterstützen? Wie können wir nachhaltige Strukturen in der Jugendarbeit in Moscheen aufbauen?“

Von tunesischer Seite hingegen heißt es ganz offen, dass es bei der religiösen Bildung auch um Prävention gehe: „Wir in Tunesien versuchen die Jugendlichen so auszustatten, dass eine Radikalisierung unwahrscheinlich wird. Wir versuchen, ihnen ein Verständnis für ihre Identität und den Islam zu geben und die Methoden des IS zu dekonstruieren.“

Einer, der bereits in seiner Arbeit mit Moscheen kooperiert, ist Mutaz Tamimi von „Salaam Sachsen-Anhalt“. Doch wie sehen die Angebote in der Moschee konkret aus? „Es gibt beispielsweise Deutschklassen und Kurse über islamische Werte und Angebote speziell für Frauen“, erzählt er. Bedarf für eine muslimische Jugendarbeit abseits der Prävention gebe es in Deutschland auf jeden Fall, denn viele der muslimischen Jugendlichen seien auf der Suche nach Orientierung, betont ein deutscher Teilnehmer: „Die muslimische Jugend sucht nach Erklärungen und Regeln, deshalb gibt es auch ein großes Potenzial für muslimische Jugendarbeit und religiöse Aufklärungsarbeit.“ Diese Suche nach Orientierung sei natürlich auch eine Auswirkung





der Diaspora-Geschichte und der Tatsache, dass der Islam in Deutschland die Religion einer Minderheit ist, erklärt Türkan Kanbıçak: „Ein Unterschied liegt auch in der Situation in der Diaspora: Viele fühlen sich nicht, als würden sie zur Gesellschaft gehören und dann können sie in der Religion und der Moschee einen Ort der Zugehörigkeit für sich finden.“

Häufig führe das dazu, dass auch Sozialarbeiter in ihrer Arbeit befangen oder schneller überfordert seien, sobald sie das angebliche Signalwort „Islam“ hören, berichten Teilnehmende der deutschen Gruppe. In Osnabrück soll nun ein Studiengang für islamische Sozialarbeit entstehen, der dafür sorgen könnte, mehr qualifizierte Fachkräfte auszubilden.

Mutaz Tamimi betont, dass der Islam auch in den Schulen präsent sein muss: „In Moscheen und in der Schule muss der Islam gelehrt werden, so dass die Jugendlichen das Gefühl bekommen, der Islam gehört dazu.“ Religiöse Bildung in der Schule findet auch Türkan Kanbıçak wichtig – vor allem, weil diese so besser vom Staat kontrolliert werden kann: „Die Kinder sollten

alle Weltreligionen kennenlernen – und vor allem auch deren Gemeinsamkeiten.“

Das finden auch die Tunesier/-innen wichtig. „Die Imame in den Jugendzentren sprechen über Themen wie Toleranz und die Werte im Islam und auch den Vergleich mit anderen Religionen. Vor allem vermitteln die Imame einen liberalen Islam und erklären, dass man den Koran nicht als rigides Skript lesen muss. Er bedarf immer der Interpretation“, berichtet ein tunesischer Teilnehmer.

Letztlich zeigt sich: Zwei Länder, zwei unterschiedliche Grundvoraussetzungen und damit auch zwei unterschiedliche Gangarten bei der Frage nach Religion in der Jugendarbeit. Gerade von deutscher Seite scheint sich jedoch derzeit noch vieles zu sortieren. Es gibt den Bedarf nach besseren Angeboten, den die Teilnehmenden versuchen, in ihre Arbeit zu integrieren. Und ganz weit weg ist der Ansatz aus Tunesien dann doch nicht: Denn alle Teilnehmenden hoffen, religiöse Bildung und eine liberale Lesart des Islams an die Jugendlichen heranbringen zu können.

Best-Practice-Beispiele

Mobile Youth Unit – Ein Bus für Begegnung

- Mit einem bunten Wagen mit Lautsprechern und jeder Menge Bildungsmaterialien reist Sofiane Ben Gaddour gemeinsam mit jugendlichen Freiwilligen durch Tunesien. Seine Jugendarbeit ist mobil. So sollen auch die Jugendlichen in sozial schwachen Regionen erreicht werden, in denen es einen Mangel an Freizeitangeboten und eine erhöhte Gefährdung für Radikalisierung gibt.

Wir treffen Sofiane Ben Gaddour im Youth House Khaznadar, in dem er regelmäßig Trainings für Jugendliche anbietet. Die Teilnehmenden des Fachkräfteaustauschs nehmen selbst an einem kurzen Workshop von ihm teil. Schnell werden sie in einen kleinen Wettbewerb verwickelt: Wer baut mit Papier, Schere und Kleber das höchste, stabilste und schönste Konstrukt? Eifrig sind die Teilnehmenden am Basteln, Kleben und Vergleichen. Bis Sofiane Ben Gaddour mit ruhiger Stimme erklärt: „Im Alltag fokussieren wir uns oft auf nicht so wichtige Dinge und vergessen dabei das Wichtigste. So ist es auch beim Extremismus. Und in dieser Übung war nicht der Wettbewerb das Wichtigste, sondern die Kommunikation.“

In einem Training mit 15 Veranstaltungen à 3 Stunden versucht Sofiane Ben Gaddour, junge Menschen mit Spielen und Aktivitäten in Kommunikation zu schulen. Die Jugendlichen lernen, in Gruppen zusammenzuarbeiten, Verantwortung zu übernehmen und Dinge zu hinterfragen. „Es besteht ein Bedarf an Räumen für Jugendliche, um sich selbst auszudrücken und sich selbst und die eigenen Bedürfnisse zu entdecken, ebenso wie Herausforderungen und Schwierigkeiten.“ Um Jugendlichen diesen Raum zu bieten, arbeitet Sofiane Ben Gaddour neben Spielen vor allem auch mit künstlerischen Methoden wie Theater, Musik





und Tanz. „Unser Ziel ist es, die jungen Leute zu aktivieren und Partizipation anzuregen. Wenn es legale Wege für sie gibt, um sich auszuleben, sinkt das Risiko für sie, sich zu radikalieren“, so Sofiane Ben Gaddour.

Aber Sofiane Ben Gaddours Arbeit findet nicht nur im Youth House statt. Mit dem Bus reist er durch das ganze Land. Wie lange er dabei mit seinem Team an welchem Ort bleibt, ist unterschiedlich. Manchmal einen Tag, manchmal wiederkehrend für ein ganzes Projekt. Mal ist die Gruppe auf offener Straße, auf Marktplätzen aktiv – mal in Cafés oder Schulen. Finanziert wird das Projekt vom Jugendministerium des Landes. Die „Mobile Youth Unit“ versucht dabei, sich den Bedürfnissen und der Lebensrealität von Jugendlichen anzupassen.

„Viele junge Menschen haben Angst oder Vorurteile. Sie empfinden feste Institutionen als nicht sehr einladend und haben Schwierigkeiten, sich dort zu integrieren. Deshalb ist es wichtig, dorthin zu gehen, wo der Alltag der Jugendlichen stattfindet und ein Teil der Nachbarschaft zu sein“, erklärt Sofiane Ben Gaddour. Ihm geht es dabei um den Menschen an sich. Er möchte mit den Jugendlichen auf Augenhöhe zusammenarbeiten und sie auf ihrem persönlichen Weg begleiten. Dafür sei es auch wichtig, die Veränderungen in ihrer Lebensphase zu beobachten und zu kennen.

Eine Geschichte, die ihm immer in Erinnerung bleibt, ist die eines Mädchens, das mit 14 Jahren in die Prostitution abrutschte. Ihr spätes Nachhausekommen begründete sie damals vor ihren Eltern damit, noch so lange mit Sofiane Ben Gaddour und der Gruppe gearbeitet zu haben. Als die Lüge auffliegt, nimmt sich Sofiane Ben Gaddour ihrer an und arbeitet drei weitere Jahre mit ihr. Heute hat sie einen Job und steht mit beiden Beinen im Leben, sagt er. „Das macht mich auf persönlicher Ebene glück-

lich. Ich mag es, mit jungen Menschen zu arbeiten. Als ich in ihrem Alter war, hatte ich nicht das Privileg, Mentoren und Trainer zu haben. Aber ich glaube an die Wichtigkeit solcher Dinge und den Einfluss, den diese auf das Leben eines jungen Menschen haben können.“

Auch für Mansouri, Brahim und Aouini hat sich das Leben durch die „Mobile Youth Unit“ verändert. Sie kommen aus El Kabaria, einer eher ärmlichen Gegend am Stadtrand von Tunis. Heute arbeiten sie selbst am Projekt mit. In El Kabaria führt der Weg in die Radikalität oft über Drogen, erzählen sie. Mit der „Mobile Youth Unit“ wollen sie dieser Gefahr entgegenwirken.

Die „Mobile Youth Unit“ sei eine Möglichkeit für sie, sich selbst und ihrer Region positiv gegenüber zu stehen und all die Erfahrungen und Events, die sie machen, mit anderen Menschen wie ihren Nachbarn und Freunden zu teilen. Durch die „Mobile Youth Unit“ wird es möglich, mehr Menschen zu erreichen als mit einem Youth House, sagen sie. Dass ihr Engagement bei dem Projekt nun weitergeht, bereichere sie. „So kommen wir aus unserem Alltag und normalen Umfeld heraus, kommunizieren mit Menschen und lernen, kollektiv zu arbeiten und Initiative zu ergreifen“, sagt Mansouri.

Dass auch immer Jugendliche bei der „Mobile Youth Unit“ mit im Team sind, gehört zum Konzept. „Wir sind Peers, wir teilen die gleiche Sprache wie die Jugendlichen und es gibt keine Hierarchie oder Kommunikation von oben herab“, erklärt Brahim. Dass ihre Arbeit auch der Radikalisierung entgegenwirkt, da sind sich die Jugendlichen sicher. „Das größte Risiko, um sich zu radikalieren, ist Isolation. Wenn du aber lernst, in einem Team zu arbeiten und diesen Gruppenzusammenhalt erlebst, dann schützt dich das vor jener Isolation.“

Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt – Alles eine Frage der Wahrnehmung

- Wir müssen aus der Geschichte lernen, heißt es häufig. Ein Ort, der geschichtliche Aufarbeitung mit zeitgenössischer antirassistischer Arbeit verknüpft, ist die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main.

Hier können Kinder und Jugendliche im „Lernlabor Anne Frank. Morgen mehr.“ anhand einer Vielzahl von Tools, Teilhabe und Partizipation erfahren, und gleichzeitig etwas über die Geschichte von Anne Frank lernen. „Sie werden mit Leben und Werk Anne Franks vertraut gemacht und zugleich motiviert, in einen Austausch über aktuelle Formen von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung zu kommen“, sagt Deborah Krieg, stellvertretende Direktorin und Kuratorin der Ausstellung.

Wichtig sei, dass die Interaktionen selbst Fragen aufwerfen und zur Diskussion anregen. „Mit unseren Methoden kreieren wir eine Atmosphäre, in der die Jugendlichen über bestimmte Themen sprechen können. Und wir bieten einen sicheren Raum für diesen Austausch.“ Alles in allem geht es darum, für die Wahrnehmung von Diskriminierung zu sensibilisieren und das gelingt

mit unterschiedlichen, auch digitalen Tools. Zum Beispiel macht an der Station „Racist Glasses“ eine Brille deutlich, wie sexistische, rassistische oder antisemitische Stereotype aussehen. An der Station „Hate Speech“ werden die Besucher/-innen aufgefordert, Hassrede im Netz zu erkennen und zu intervenieren. Deborah Krieg unterstreicht den demokratischen Charakter der Einrichtung: „Ohne Mitmachen funktioniert hier nichts, wie in der Demokratie auch. Gesellschaft ist ja auch ein Prozess des Suchens und Ausprobierens – ein Experimentierfeld.“

Das Labor lädt dazu ein, die eigene „Normalität“ und Weltanschauung zu hinterfragen. Ein Spiel zeigt auf, dass Bier und Gartenzwerge gar nicht so „deutsch“ sind, wie wir annehmen würden. Bei einer anderen Station kriegen die Jugendlichen zufällige Identitäten zugeordnet und lernen so, sich in die Lebensrealitäten von Menschen anderer Religionen, Ethnien oder Einkommensklassen hineinzusetzen.

Anne Frank bleibt dabei als Aufhänger präsent. Die Jugendlichen lernen Anne Franks Tagebuch kennen und erkunden in einem „virtuellen Hinterhaus“ das Versteck von ihr und ihrer Familie. Aber auch die Stimmen anderer junger Menschen gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung kommen zum Ausdruck: Charlotte L. Fortens Berichte von Rassismus in den USA des 19. Jahrhunderts, die Tagebücher von Ana Novac und Ariele Koretz aus Auschwitz-Birkenau und Bergen-Belsen, Blogs wie von Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai oder Jamie Raines, der von seinem Weg vom „Mädchen“ zum „Mann“ berichtet. All diese Zeugnisse sollen auch betonen, wie Privates und Politisches verknüpft sind und wie auch junge Menschen sich für eine bessere Gesellschaft stark machen können.

Wichtig ist in der Bildungsstätte auch ein intersektionaler Ansatz. Nicht nur Rassismus, sondern auch Anti-Feminismus, Homophobie und andere Formen der Diskriminierung sind Thema und sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. „Wir möchten Toleranz für die Komplexität der Welt fördern und den Jugendlichen das Gefühl geben, dass sie etwas bewirken können“, so Deborah Krieg. Beim Besuch im Labor werden die Jugendlichen stets von Gleichaltrigen begleitet, da das das Lernen erleichtert.

Neben dem Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ finden wechselnde Ausstellungen statt, die sich mit gesellschaftspolitischen Themen wie der friedlichen Revolution 1989 oder Antisemitismus in der deutschen Linken auseinandersetzen. Abseits des Vor-Ort-Programms ist die Bildungsstätte Anne Frank auch in der Jugend- und Erwachsenenbildung an Schulen und anderen Einrichtungen aktiv. Mit einem breiten Angebot an Workshops und Methoden ist es das Ziel, Menschen zu empowern. Und dabei geht es nicht nur um jene, die selbst von Diskriminierung betroffen sind, sondern auch um die, die relevante unterstützende Ansprechpartner/-innen sein können.



KifKif – Ein Comic für Inklusion

- Bilder der Vielfalt: Mit einem Comic und einem dazugehörigen Workshopangebot will der Verein Al Fanar die Vielfalt von Identitäten und Lebenswelten innerhalb der spanischen Gesellschaft sichtbar machen und kämpft damit gegen Islamophobie.

Wie häufig sind Mädchen mit Kopftuch in Schulbüchern repräsentiert? Wie viele Kinder mit Migrationshintergrund können sich mit Charakteren aus dem klassischen Bildungsmaterial identifizieren oder diese als Vorbilder sehen? Meist sind es wenige.

Der Comic „The Outsirt“ kann dieser Unterrepräsentation von Diversität im Schulunterricht entgegenwirken. Anhand des Comics führen Trainerinnen und Trainer Workshops durch, um Multikulturalismus und soziale Integration von Muslim(inn)en zu stärken und gegen die Islamophobie in der spanischen Gesellschaft vorzugehen. Zielgruppe sind dabei Schüler und Schülerinnen der Oberstufe.

Thematisch ist der Startpunkt der Workshops das Thema Identität – beziehungsweise multiple Identitäten. Wer bin ich? Was ist mir wichtig? Was macht mich aus? Vor dem Hintergrund dieses Überthemas wird das Thema Islamophobie bearbeitet: Durch Lesen und Erarbeiten von einzelnen Situationen mit islamophoben Elementen im Comic wird dafür sensibilisiert und Raum zum Diskutieren gegeben. In weiteren Sitzungen werden dann spezielle Themenfelder, wie die Frage nach Geschlecht und die Rolle der Medien im Kontext der Islamophobie, angegangen. „Besonders das Thema Geschlecht ist wichtig, wenn wir uns die Zahlen anschauen: Die meisten der islamophoben Attacken online und offline, nicht nur in Spanien, sondern in ganz Europa, richten sich gegen Frauen“, sagt Mónica Carrión Otero von Al Fanar.

Die Idee, einen Comic für die Arbeit mit Jugendlichen zu nutzen, stützt sich auf eine intensive akademische Recherche, erklärt sie. „Es ist einfacher, mit visuellen Dingen zu arbeiten. Und gerade mit Jugendlichen, die es nicht mehr so sehr gewöhnt sind,



lange Texte zu lesen, ist ein Comic eine gute Lösung.“ Der Comic „The Outsirt“ entstand schon vor dem Projekt in einem anderen Workshop. Das Team von Al Fanar hat sein Workshopkonzept dann einfach daran orientiert.

Beim Start des Projekts habe die Unterstützung der Regierung geholfen, sagt Mónica Carrión Otero. So wurde das Projekt von Schulen direkt als seriöser wahrgenommen und die Verantwortlichen konnten von der Regierung auch erfahren, in welchen Schulen der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund besonders hoch ist, um gezielt mit diesen Schulen zusammenzuarbeiten. „Es geht ja nicht nur darum, Kinder für Islamophobie zu sensibilisieren, sondern auch jene zu empowern, die darunter oder unter strukturellem Rassismus leiden.“

Geplant ist KifKif als ein Langzeitprojekt. „Wir möchten so viele Menschen wie möglich in das Projekt involvieren“, erzählt Mónica Carrión Otero. Was im ersten Jahr mit Workshops an Schulen begann, hat sich bereits ausgeweitet. Nun gibt es Seminare für Trainer/-innen und Lehrer/-innen, bei denen sie lernen, die Materialien selbst zu nutzen und ihre eigenen Workshops zu implementieren. Im dritten Schritt sollen dann auch Eltern und Nachbarschaftsinitiativen mit in die Arbeit einbezogen werden. „Bei einem so komplexen Thema wie Identität reichen fünf bis sechs Stunden natürlich nicht aus. Aber es ist ein erster Schritt, um ein Bewusstsein zu schaffen.“

Den Comic gibt es zwar neben Spanisch auch auf Englisch und Arabisch, doch um etwas Ähnliches in anderen Ländern umzusetzen, müsse man von vorne anfangen, sagt Mónica Carrión Otero auf die Frage, ob das Projekt auch auf arabischsprachige Länder ausgeweitet werden soll. „Der Inhalt des Comics ist nicht an die Probleme angepasst, die junge Menschen in Tunesien oder Marokko beschäftigen. Das sind andere – und die Handlung müsste man daran anpassen.“ Die Methodik und Grundansätze zu Themen wie Identität und Gender könne man aber nutzen, um einen neuen Comic zu kreieren und so von den Erfahrungen von Al Fanar profitieren.

Stop OK – Ein Spiel für Multiplikator(inn)en

- Was treibt junge Menschen in die Radikalität? Wie kann man Radikalisierungsprozesse frühzeitig erkennen und was kann man in solchen Situationen tun? Diese Fragen beschäftigen eine Vielzahl von Menschen, die mit Jugendlichen zusammenarbeiten. Ein Spiel will ihnen Raum geben, um darüber zu sprechen.

Das Ziel von Stop OK ist es, für Radikalisierungsverläufe und Ursachen zu sensibilisieren. Die Zielgruppe des Spiels sind dabei nicht Jugendliche selbst, sondern Multiplikator(inn)en, die mit Jugendlichen arbeiten, wie beispielsweise Lehrkräfte, Sozialarbeiter/-innen oder auch Polizeiauszubildende. Mit fünf exemplarischen Geschichten von Jugendlichen, die authentisch an echte Radikalisierungsgeschichten angelehnt sind, werden Push- und Pull-Faktoren für Radikalisierung deutlich gemacht.

Und so funktioniert es: Die Geschichten von Jugendlichen, die in die Radikalität geraten, werden zwei Mal vorgelesen. Beim zweiten Mal können die Teilnehmenden mit ihren Stop-OK-Karten bei jenen Punkten reagieren, die sie für kritische Situationen

halten. Diese Punkte werden auf Karten notiert und besprochen. Anschließend können während der Diskussion Verknüpfungen zwischen den Aspekten hergestellt und einzelne Karten durch rote Umrandungen besonders gewichtet werden.

Auf diese Art bietet das Spiel die Möglichkeit, biografische Wendepunkte und Ursachen bewusster zu erkennen, zu besprechen und die unterschiedlichen Wahrnehmungen und Standpunkte der anderen Teilnehmenden kennenzulernen. „Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen schätzen an dem Spiel, dass es einen Raum zum Diskutieren schafft. Das kriegen wir auch von den Lehrkräften gespiegelt. Jeden berührt dieses Thema, viele beschäftigen sich damit, aber man hat keinen Raum, um sich mit den Kollegen und Kolleginnen darüber auszutauschen und zu fragen, welche Haltung hast du eigentlich?“, erzählt Katrin Benzenberg vom Projekt „Die Freiheit, die ich meine“, die das Spiel mitentwickelt hat.

Entstanden ist die Idee für das Spiel bei einem Treffen mit Stadtteilmüttern, bei dem anhand eines Filmes über einen Aussteiger, dessen Radikalisierungsgeschichte und Wendepunkte in der Biografie diskutiert wurde.

Im nächsten Schritt des Spiels gibt es die sogenannten Was-tun-Karten, die Reaktionsmöglichkeiten und Lösungsansätze aufzeigen. Dabei wird nicht nur die Frage danach gestellt, was man als Einzelperson tun kann, sondern die Thematik auch in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet. Was kann Schule leisten? Was muss die Gesellschaft tun? Welchen Handlungsspielraum gibt es für die Politik, um Radikalisierung zu verhindern?

Die fiktiven Geschichten des Spiels werden aus unterschiedlichen Perspektiven erzählt – mal vom Betroffenen selbst, mal von einer Freundin oder einem Lehrer. In der aktuellen Version von Stop OK sind alle Radikalisierungsverläufe aus dem Bereich Islamismus. Eine weitere Ausgabe, die Geschichten aus dem Themenfeld Rechtsradikalismus ergänzt, ist jedoch in Planung.



Was bleibt?

Teilnehmende über ihre Erfahrungen im Austauschprojekt

➤ Hedia Abidi:

„Dieser Austausch hat mir sehr gefallen. Ich hatte schon einige Austauschfahrten gemacht als ich jünger war, aber das hier war etwas Anderes, so auf professioneller Ebene. So konnte ich richtig technische Dinge für meine Arbeit mit Jugendlichen lernen. Ich denke, es gibt viele Themen, bei denen man auf internationalem Level zusammenarbeiten muss – wie zum Beispiel Frauenrechte. Wir können von den Erfahrungen der anderen lernen, um besonders Frauen und Mädchen vor Radikalisierung zu schützen.“

Besonders gut hat mir die Kommunikation in der Gruppe gefallen. Hier war es nicht wichtig, ob man christlich oder muslimisch ist. Wir sind uns einfach als Menschen begegnet. Das hat mich sehr bewegt. Natürlich will ich auch weiter mit den Menschen, die ich hier kennengelernt habe, in Kontakt bleiben und zusammenarbeiten. Auch auf tunesischer Seite war es hilfreich, noch mehr Leute aus meinem Arbeitsfeld kennenzulernen. Wir haben bereits ein weiteres Netzwerktreffen vereinbart, um an diese Konferenz anzuknüpfen.“

➤ Katrin Benzenberg:

„Der Austausch war sehr gut, insbesondere der Austausch mit den Tunesiern und Tunesierinnen war sehr aufschlussreich. Es war spannend zu erfahren, in welchem Transformationsprozess sie sich befinden und vor welchen Herausforderungen sie stehen. Mich hat es sehr gefreut, dass sie sich für die „Gesicht Zeigen!-Spiele“ begeistert haben und einige gesagt haben: Ja, so etwas brauchen wir hier auch. Viele waren an dem Entwicklungsprozess der Spiele interessiert und wie wir dazu gekommen sind, diese Spiele zu produzieren. Es kam dann die Idee auf, dass wir in Zukunft zusammen ein Projekt initiieren könnten, in dem wir gemeinsam Materialien entwickeln. Diese sollten international zugänglich sein und eingesetzt werden können. Ich denke, es ist auf jeden Fall wichtig, dass sich die Menschen, die Prävention betreiben, vernetzen und austauschen sowie Netzwerke bilden – denn das tun die Islamisten und Islamistinnen letztendlich auch.“



➤ Demetrio Gómez:

„Es war sehr interessant für mich, hier in einem muslimisch geprägten Land zu sein und die Unterschiede zwischen hier und Europa zu sehen. Wir konnten unsere Erfahrungen und Praxisbeispiele austauschen und haben auch viel über Aktionen für die Zukunft nachgedacht. Besonders interessant fand ich die Projektbesuche, bei denen man richtig sehen konnte, wie die Jugendarbeit hier funktioniert.“

Ich habe ein paar neue Ideen und Anregungen für Projekte im Bereich der Civil Action bekommen. Ich denke, es ist wichtig hier mit jungen Menschen zusammenzuarbeiten und sich auch an ihre Kommunikationskanäle anzupassen. Sie wissen mit Instagram, Youtube und Facebook umzugehen und diese Medien haben einen großen Einfluss. Es ist wichtig, dass wir dort ein positiveres Bild verbreiten und gegen Fake News vorgehen. Gerade in Zeiten, in denen rechte Parteien im Parlament sitzen, ist das wichtig.“

➤ Miriam Macak:

„Für mich war der wichtigste Impuls durch den Austausch, dass es wichtig ist, über seinen eigenen Tellerrand zu schauen. Insbesondere auf lokaler Ebene versteift man sich nach meinem Empfinden manchmal zu sehr auf Details und sieht nicht mehr das große Ganze. Durch die Auseinandersetzung mit den Bedingungen in Tunesien ist bei mir der Gedanke aufgekommen, dass Extremismusprävention im internationalen Kontext und nicht nur auf nationaler Ebene betrachtet werden muss. Nicht nur die Ursachen von Extremismus können durch internationalen Austausch besser beleuchtet werden, sondern auch die Maßnahmen können verglichen und für das eigene Arbeitsfeld angepasst werden. Nach den Erfahrungen aus dem Austausch möchte ich mich bei meiner Arbeit stärker mit anderen Stellen, z.B. auch mit psychologischen Beratungsstellen vernetzen, um die erstellten Konzepte aus unterschiedlichen Gesichtspunkten zu beleuchten. Ich würde mich auch freuen, mich weiterhin international austauschen zu können und so unterschiedliche Erfahrungen in meine Arbeit mit einfließen zu lassen.“

➤ Jahouer Sallemi:

„Aus dem Austausch nehme ich auf jeden Fall neues pädagogisches Wissen und weitere Ideen für Projekte mit. Besonders hat mich der Besuch in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt beeindruckt, bei dem wir eine Vielzahl an unterschiedlichen und auch digitalen Tools kennengelernt haben. Wenn ich deutsche und tunesische Präventionsarbeit nun vergleiche, ist mir aufgefallen, dass der deutsche Staat gezielt Maßnahmen in der Jugendarbeit zur Radikalisierungsprävention fördert. In Tunesien geht es in der Jugendarbeit selbst meist eher um Demokratieförderung, während der Bereich Terrorismus und Radikalisierung in einem nationalen Plan zur Sicherheit angegangen wird. Außerdem hatte ich das Gefühl, dass Radikalisierung in Deutschland noch mehr wissenschaftlich untersucht wird. Trotzdem konnte ich in beiden Ländern in der direkten Arbeit ähnliche Ansätze beobachten und sehen, wie überall der Austausch und Dialog mit der Zivilgesellschaft ein zentrales Thema ist.“

➤ Quoc Viet Hoang:

„Im Austausch mit Fachkräften aus anderen Ländern habe ich Anregungen bekommen, darüber nachzudenken, was meine Arbeitsvoraussetzungen sind und wie diese auch meine Arbeit beeinflussen.“

➤ Michael Hebeisen:

„Wir alle arbeiten mit einem ähnlichen Menschenbild und orientieren uns daran, was die Bedürfnisse der Jugendlichen sind. Das hat mich sehr bestärkt.“

➤ Basira Beutel:

„Ich habe gemerkt, wie wichtig der internationale Austausch ist. Gerade bei diesem Thema kann man nicht nur auf der nationalen Ebene bleiben, sondern muss den globalen Kontext sehen.“



Interview mit CCAB

„Unterschiedliche Antworten auf Radikalisierung“

- Ohne den Club Culturel Ali Balhouane (CCAB) wäre das Projekt „New Perspectives on Radicalisation“ nicht denkbar gewesen. Im Interview sprechen Hadhami Sassi und Sami Essid vom CCAB darüber, warum sie dieses Projekt für einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung halten und was die Teilnehmenden für ihre Arbeit in Tunesien mitgenommen haben.

Mit welchen Erwartungen und Zielen seid ihr als CCAB in das Projekt „New Perspectives against Radicalisation“ gestartet?

Sami Essid: Wir sind vor allem ausgehend von dem großen Bedarf an Austausch zu dem Thema Radikalisierung an das Projekt herangetreten. Es ist unbedingt notwendig, gegen Radikalisierung anzugehen und es liegt an uns allen, gemeinsam Lösungen und Ansätze zur Prävention auszuarbeiten. Aufgrund unserer engen Kooperation mit dem Jugendsektor in Tunesien und dem Ministerium für Jugend und Sport war es sinnvoll, dieses Thema zu bearbeiten und den Jugendarbeiter/-innen dadurch mehr Methoden und Fähigkeiten an die Hand zu geben. Es ging darum, den Horizont der Teilnehmenden zu erweitern und sich auszutauschen.

Was sind die Herausforderungen, vor denen Jugendarbeiter/-innen in Tunesien stehen, die im Bereich der Radikalisierungsprävention tätig sind?

Hadhami Sassi: Es fehlt vor allem an der Integration von jungen Menschen in die Strukturen. NGOs sind immer noch recht elitär und hauptsächlich auf die Städte begrenzt. Die Regierungseinrichtungen sind zwar landesweit vertreten, aber wenig attraktiv für junge Leute. Außerdem fehlt es an einer klaren Definition von Prävention. Viele Leute arbeiten zwar in diesem Feld, sind sich dessen aber gar nicht so bewusst. Es muss ein klares Bewusstsein und Verständnis für das Thema geschaffen werden und das Problem der Radikalisierung direkt angegangen werden. Neben den bereits radikalisierten Jugendlichen gibt es ja auch viele, denen es an Zugang zu Strukturen fehlt und die daher besonders anfällig für radikale Gruppierungen sind.

Warum seht ihr es als wichtig an, dieses Thema in einer internationalen Kooperation anzugehen?

Sami Essid: Es ist definitiv wichtig, dieses Thema aus unterschiedlichen Perspektiven und mit verschiedenen Hintergründen zu betrachten. Das ist hilfreich, um bessere Lösungsansätze auszuarbeiten.

Hadhami Sassi: Ich glaube auch, dass es uns in Tunesien an Erfahrung fehlt. Lange war die Antwort auf Radikalisierung rein sicherheitspolitischer Art. In Deutschland hingegen haben wir auch aufgrund der Geschichte eine stark etablierte politische Bildung und Demokratieerziehung. Da kann es erkenntnisreich sein, aus diesen Erfahrungen zu lernen.

Ist es denn möglich, die beiden Länder und ihre Präventionsansätze zu vergleichen und wenn ja, was konntet ihr an Gemeinsamkeiten und Unterschieden feststellen?

Hadhami Sassi: Eine der wichtigen Erkenntnisse aus dem Projekt ist es, wie wichtig die einzelnen Biografien sind. Als tunesische Teilnehmende konnten wir die Vielzahl an unterschiedlichen Radikalisierungsverläufen in Deutschland erkennen und einige Gemeinsamkeiten zu Biografien in Tunesien feststellen. Auch wenn die ökonomische Situation in den beiden Ländern eine andere ist, teilen wir doch Faktoren wie Marginalisierung und mangelnde Integration von Individuen. Wir als Länder hatten da sehr unterschiedliche Antworten auf das Phänomen, aber gerade das bot ein großes Lernpotenzial für die Teilnehmenden.

Was waren weitere Erkenntnisse, die die tunesischen Teilnehmenden aus dem Austausch mitgenommen haben?



Hadhami Sassi: Unsere Teilnehmenden hatten einige wichtige Erkenntnisse, vor allem angeregt durch die Projektbesuche. Beispielsweise das Nutzen von Counternarrativen und das Dekodieren von Onlinepropaganda waren wichtige Stichwörter. Aber auch der Besuch in der Bildungsstätte Anne Frank hat uns viele innovative und kreative Möglichkeiten gezeigt, um eine Diskussion über Perspektiven anzuregen und unsere Teilnehmenden sind motiviert, ähnliche Formate zu entwickeln.

Das sind Dinge, die ihr aus Deutschland mitgenommen habt: Hat sich auch der Blick der Teilnehmenden auf Tunesien und die eigene Arbeit geändert?

Hadhami Sassi: In Tunesien haben wir eine sehr verurteilende Sichtweise auf Radikalisierung und sehen die Entwicklungen als etwas sehr fremdes und bedrohliches an. Durch den Austausch wurde uns bewusster, dass das nicht nur ein spezifisches Problem unserer Gesellschaft ist. Es liegt nicht nur an unserer schwierigen ökonomischen Situation, sondern ist ein globales Problem mit vielen verschiedenen Ursachen.

Was möchtet ihr den deutschen und spanischen Teilnehmenden noch mit auf den Weg geben? Was können sie von der tunesischen Perspektive lernen?

Sami Essid: Wir möchten sie ermutigen, weiter in Kontakt zu bleiben und zu kooperieren, um den Austausch verschiedener Perspektiven am Leben zu halten. Es ist sehr wichtig, dass wir uns gegenseitig unterstützen und mit den unterschiedlichen Erfahrungshorizonten und Lebenshintergründen bereichern.

Hadhami Sassi: Außerdem kann der tunesische Fall zeigen, dass man auch mit wenigen Ressourcen gut organisierte und sehr effektive Projekte stemmen kann. Gerade in Deutschland, wo Ressourcen vielleicht leichter zugänglich sind, ist es manchmal wichtig zu sehen: Es gibt auch Möglichkeiten abseits des Rahmens, die vielleicht unkonventioneller sind, aber mit wenig Ressourcen auskommen und trotzdem eine Wirkung erzielen.

Wie werden die Erkenntnisse des Projektes in Tunesien nun weitergetragen oder implementiert?

Sami Essid: Für uns ist ein wichtiger Mehrwert, dass das Thema durch den Austausch für die Teilnehmenden präsenter wurde. Sie werden ihre Arbeit mit den Jugendarbeiter(inne)n und den Jugendlichen nun mehr danach ausrichten. Bei einem Auswertungstreffen mit der tunesischen Delegation werden wir noch einmal gemeinsam reflektieren und genau überlegen, inwiefern die Eindrücke aus dem Austausch nun konkret in die Arbeit einfließen können.

Hadhami Sassi: Ein nächster Schritt wird sein, konkrete Projekte zu erstellen, die von dem Austausch inspiriert wurden. Diese können dann in den Jugendhäusern umgesetzt werden. So wird das Thema der Primärprävention hoffentlich mehr in die Jugendarbeit hineingetragen werden und auch politisch auf der Agenda an Priorität gewinnen.

An den beiden internationalen Fachaustauschen waren Vertreterinnen und Vertreter folgender Organisationen und Institutionen beteiligt:

Deutschland:

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland
Centrum für angewandte Politikwissenschaften (CAP)
jugendschutz.net
Amadeu Antonio Stiftung
Fitt gGmbH
Al Etidal
Jüdisches Museum Frankfurt am Main
Landratsamt Bodenseekreis, Amt für Migration
und Integration
Salam Sachsen-Anhalt

Spanien:

Ververipen, Rooms por la Diversidad
Asociación Judía Progresista de Barcelona
University of Barcelona
Euro-Arab Foundation for Higher Studies
Al Fanar

Tunesien:

Jugendamt der Region Gafsa
Jugendamt der Region Sousse
Jugendamt der Region Manouba
Jugendamt der Region Tunis
Jugendamt der Region Mahdia
Jugendamt der Region Monastir







IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. ist auf den Gebieten der Internationalen Jugendarbeit, Jugendpolitik und Jugendinformation tätig. Die Fachstelle arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), der Europäischen Kommission, ihrer Mitgliedsorganisationen und anderer zentraler Träger der Jugendarbeit. Bei IJAB ist JUGEND für Europa, die Nationale Agentur für die EU-Programme Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps, angesiedelt.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**